

U-Bahn

SZ 2./3.10.2013

## Nächster Halt Martinsried

Planfeststellungsbeschluss nur eine Etappe beim U-Bahn-Bau

**Planegg** – Auch wenn die Regierung von Oberbayern jetzt den Weg frei gemacht und den Weiterbau der U-Bahn vom Klinikum Großhadern zum Campus Martinsried grundsätzlich genehmigt hat – mit dem Bau der etwa 70 Millionen Euro teuren, 980 Meter langen Trasse wird noch keineswegs begonnen, betonte Planeggs Bürgermeisterin Annemarie Detsch (SPD) im Gemeinderat. Für Rathaus-Geschäftsführer Stefan Schaudig ist mit dem Planfeststellungsbeschluss der Regierung „nun ein wichtiger Meilenstein geschaffen“. Offen sind aber nach wie vor Fragen zur Finanzierung und zur Baurägerschaft.

Der Planfeststellungsbeschluss, der mit einer Reihe von Auflagen verbunden ist, wird nun in Planegg und München zur Einsicht ausgelegt. Den Gegnern des Projekts bleibt nun ein Monat Zeit, um Klage zu erheben. Möglich ist, dass Anlieger aus Martinsried gerichtlich gegen den Bescheid vorgehen; eine Bürgerinitiative hatte kritisiert, dass die Planer zu wenige Parkplätze vorsehen. Die Regierung indes schmetterte diese Einwände in weiten Teilen ab.

Unklar ist nach wie vor auch die Finanzierung. Seit fast zwei Jahren streitet sich die Gemeinde mit dem Freistaat darüber, und ein Ende ist noch nicht absehbar. Auch Schaudig wollte am Dienstag „keine zeitliche Prognose“ abgeben. Zuletzt hatte Verkehrsminister Martin Zeil (FDP) zwar beteuert, alles laufe bestens und er erwarte einen schnellen Vertragsschluss. Alle Voraussetzungen zur Gründung einer Managementgesellschaft seien vorhanden, so Zeil. Die Gemeinde hatte diese Einschätzung aber dementiert und betont, wichtige Details seien ungeklärt, etwa die Frage nach der Form der künftigen Projektgesellschaft und danach, welche Aufgaben und Kosten letztendlich bei der Kommune verbleiben. Die Gemeinde war vor zwei Jahren aus der Baurägerschaft ausgestiegen und hatte damit den Verhandlungsmarathon neu eröffnet. Die Situation ist nach Einschätzungen der Planegger Verantwortlichen durch das Wahlergebnis vor einigen Wochen nicht einfacher geworden: Es wird einen neuen Minister geben – mit dem neu verhandelt werden muss.

RAR/MVÖ